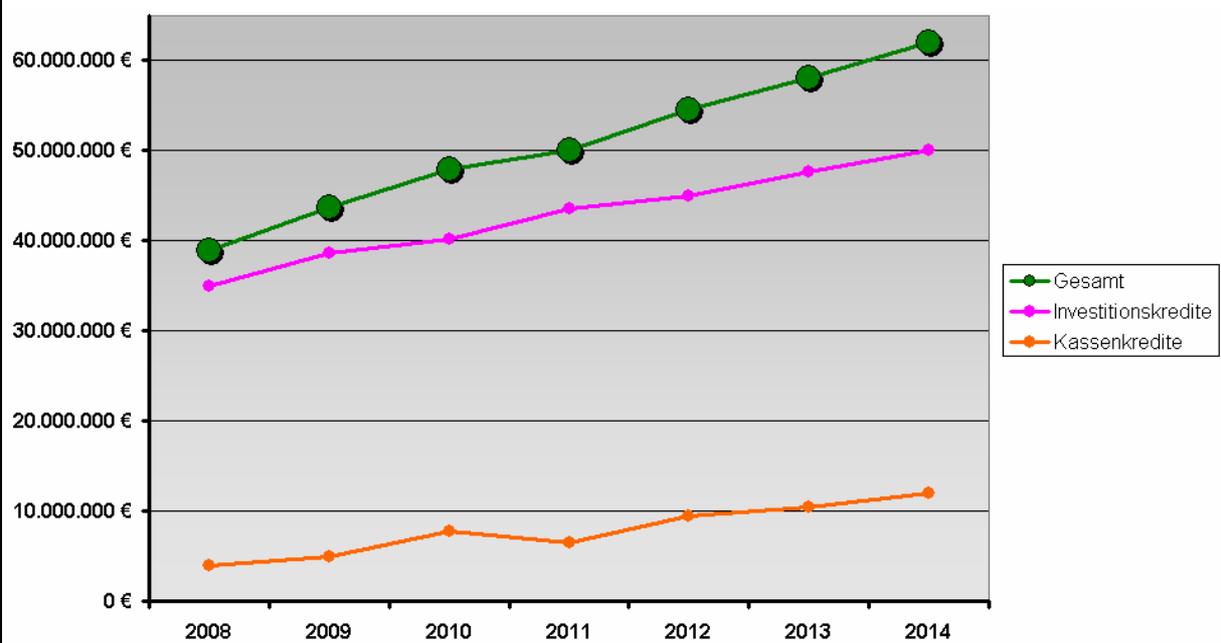


Die Liste der verschwendeten Steuergelder in der Gemeinde Lilienthal

Die Wümme-Zeitung spricht es gelegentlich aus, was die Bürger ahnen und die Gemeinderäte längst wissen: Der Pleitegeier hat sich auf dem Rathausdach eingenistet und treibt dort sein Unwesen. Lilienthal, einst eine wohlhabende Gemeinde, gehört heute zu den höchstverschuldeten Gemeinden gleicher Größenordnung in Niedersachsen. Die Verschuldung pro Einwohner liegt weit über dem niedersächsischen Landesdurchschnitt. Was waren die Gründe, die dazu geführt haben, dass sich Lilienthal heute in einer nahezu ausweglosen Haushaltsnotlage befindet?

Entwicklung der Schulden des Kernhaushalts der Gemeinde Lilienthal bis zum 31.12.2014



Die Schulden des Kernhaushaltes sind in den letzten 6 Jahren um 59,4 % gestiegen, von 38,898 Mio. € (2008) auf 62,017 Mio. € (2014). Mitte 2014 lagen die Gesamtschulden der Gemeinde (Schulden einschließlich der Eigenbetriebe und -gesellschaften) ohne die verschobenen Straßensanierungsaufwendungen bereits bei 83,077 Mio. €. Rechnet man noch die Summe der unterlassenen Straßensanierungen in Höhe von 18,233 Mio. € hinzu, dann hat die Gemeinde Lilienthal einen Schuldenberg von

über 100.000.000 €

angehäuft. Das ist das Ergebnis der Politik dieses Gemeinderates.

„Verwaltung und Rat verkennen, dass gerade in Lilienthal nicht die Einnahmesituation, sondern das Ausgabeverhalten der Gemeinde das Problem darstellt!“

(Haushaltsgenehmigungsschreiben des Landkreises vom 16.06.2010)

Die Ausgabenpolitik der Gemeinde führte in 12 von 19 Jahren zu hohen Haushaltsfehlbeträgen, die sich zu einem Gesamthaushaltsdefizit zwischen 1996 und 2014 auf einen Betrag von 8.437.474 € summiert haben. Lilienthal lebt seit Jahren nun schon über seine Verhältnisse. Von einer Haushaltssanierung, die den Namen auch verdient, will der Gemeinderat nichts wissen. Statt Ausgabenkürzungen wurden für das Haushaltsjahr 2015 erneut Steuer- und Abgabenerhöhungen beschlossen. Ohne diese Steuer- und Abgabenerhöhungen würde auch das Haushaltsjahr 2015 wieder mit einem Verlust enden und nicht mit dem prognostizierten Überschuss von 290.400 €. Die im Gemeinderat vertretenen Parteien haben nicht den Mut, den Bürgern die dramatische Finanzsituation der Gemeinde zu erklären und Sparmaßnahmen einzuleiten, die dazu führen, dass Lilienthal auch ohne Steuer- und Abgabenerhöhungen wieder positive Haushaltsergebnisse erwirtschaften kann. Erst nachhaltig erwirtschaftete positive Haushaltsergebnisse können die Gemeinde Lilienthal in die Lage versetzen, den exorbitant hohen Schuldenberg abzutragen.

Lilienthal wendet über ein Viertel seiner Einnahmen allein für Personalkosten mit kontinuierlichen Steigerungsraten auf. 2014 wurden 6.840.200 € für Personalaufwendungen ausgegeben, das sind 25,2 % bezogen auf die gesamten Einnahmen in Höhe von 27.112.500 €. 2015 sind 6.916.800 € eingeplant, eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 1,1 %. Eine Verringerung dieser Aufwandsposition ist dringend erforderlich und auch möglich, wenn Aufgaben der Gemeinde in Kooperation mit den Nachbargemeinden zusammengelegt werden.

Lilienthal unterhält insgesamt 15 Kindergärten in der Trägerschaft der Gemeinde oder in freier Trägerschaft und 6 Grundschulen. Dafür wendete die Gemeinde 2013 insgesamt 2.742.980 € auf. Der demografische Wandel führt dazu, dass in den kommenden Jahren mit einem spürbaren Rückgang der Anzahl der Kindergarten- und Grundschul Kinder zu rechnen ist. Diese Erkenntnis ist nicht neu, sondern seit Jahren der Verwaltung und dem Rat bekannt. Auf diese Entwicklung hätten Verwaltung und Rat längst reagieren und Kindergärten und Grundschulen zu größeren Einheiten zusammenlegen müssen. Stattdessen wurde eine Arbeitsgruppe nach der anderen eingesetzt und wieder eingestellt. Ein in die Zukunft weisendes Konzept wurde bisher vom Rat nicht vorgelegt. Nun bleibt die Hoffnung, dass der Rat aus dem von der Projektgruppe BIREGIO vorgelegten Gutachten die richtigen Rückschlüsse und Entscheidungen trifft, auch gegen eventuelle Protestaktionen von Interessengruppierungen.

Einrichtungen, die inzwischen in die Jahre gekommen sind und die nur durch regelmäßig durchzuführende Sanierungsarbeiten betriebsbereit gehalten werden können, gehören auf den Prüfstand. Das Lilienthaler Hallenbad steht für diese Kategorie von Einrichtungen. Seit Jahren erwirtschaftet das Hallenbad hohe jährliche Verluste von ein paar Hunderttausend Euro (am 11.01.2014 berichtete die Wümme-Zeitung, dass die WBL, der Betreiber des Hallenbades, pro Jahr zwischen 350.000 € und 400.000 € aus Eigenmitteln zuschießen muss), die sich in den letzten 10 Jahren zu einem Millionenbetrag angesammelt haben. Statt nach Lösungen zur Kostenreduzierung zu suchen, heißt die Devise in Lilienthal: „Weiter so, wie bisher.“

Die hier aufgelisteten Aufwandspositionen sind lediglich Beispiele für Haushaltspositionen, die dringend auf den Prüfstand gehören. Bedauerlicherweise drücken sich Verwaltung und Ratsmitglieder, diese in der Bevölkerung nicht gerade populären Kosteneinsparungsüberlegungen mit Mut und Durchsetzungswillen anzugehen.

Einnahmen und Ausgaben seit 1996 in EUR

Haushaltsrechnung

Jahr	Einnahmen	Differenz z. Vorjahr	Ausgaben	Differenz z. Vorjahr	Differenz Einnahmen/ Ausgaben
IST					
1996	17.190.553		19.055.235		-1.864.682
1997	19.988.160	2.797.607	20.043.906	988.671	-55.746
1998	19.880.301	-107.859	20.727.705	683.799	-847.404
1999	22.458.073	2.577.772	22.402.327	1.674.622	55.746
2000	19.689.688	-2.768.385	21.054.075	-1.348.252	-1.364.387
2001	21.481.330	1.791.642	21.481.330	427.255	0
2002	21.258.519	222.811	22.170.109	688.779	-911.590
2003	19.640.214	-1.618.305	21.687.906	-482.203	-2.047.692
2004	18.760.919	-879.295	21.121.755	-566.151	-2.360.836
2005	24.024.047	5.263.128	21.267.955	146.200	2.756.092
2006	21.910.528	-2.113.519	21.128.119	-139.836	782.409
2007	23.946.920	2.036.392	22.894.842	1.766.723	1.052.078
2008	23.793.826	-153.094	22.967.216	72.374	826.610
2009	19.177.800	-4.616.026	22.871.399	-95.817	-3.693.599
2010	21.531.670	2.353.870	22.995.313	123.914	-1.463.643
2011	25.109.169	-2.444.393	24.118.803	1.123.490	990.366
2012	23.976.063	-1.133.106	24.986.250	867.447	-1.010.187
2013	25.182.030	1.205.967	26.130.739	1.144.489	-948.709
Summe	388.999.810		399.104.984		-10.105.174
Durchschnitt pro Jahr					-561.399

Jahr	Einnahmen	Differenz z. Vorjahr	Ausgaben	Differenz z. Vorjahr	Differenz Einnahmen/ Ausgaben
PLAN					
2014	27.112.600	1.930.570	27.542.200	1.411.461	-429.600
2015	28.637.900	1.525.300	28.347.500	805.300	290.400
2016	29.189.700	551.800	28.694.800	347.300	494.900
2017	29.841.200	651.500	29.176.800	482.000	664.400
2018	30.263.400	422.200	29.615.700	438.900	647.700
Summe	145.044.800		143.377.000		1.667.800
Durchschnitt pro Jahr					333.560

Jahr	Einnahmen	Differenz z. Vorjahr	Ausgaben	Differenz z. Vorjahr	Differenz Einnahmen/ Ausgaben
IST und PLAN zusammen					
Summe	534.044.610		542.481.984		-8.437.374
Durchschnitt pro Jahr					-383.517

„Die Verschuldungssituation der Gemeinde hat ein extremes Ausmaß erreicht. Eine Ausweitung der Verschuldung muss auf jeden Fall vermieden werden. Sofern sich die Notwendigkeit weiterer Investitionen ergeben sollte, müssen diese durch Einsparungen an anderer Stelle kompensiert werden.“

(Haushaltsgenehmigungsschreiben des Landkreises vom 21.03.2014)

Im Folgenden werden Beispiele von Investitionen oder Ausgaben genannt, die unnötig waren und bestenfalls der Selbstdarstellung einzelner Ratsmitglieder dienen:

- **2005** lehnte die Mehrheit des Gemeinderates auf der Ratssitzung am 15.03.2005 die Neuorganisation der Schmutzwasserentsorgung ab. Die Gemeinde musste dadurch eine Schadenersatzleistung in Höhe von 240.000 € für den geplatzten Abwasservertrag an Hansewasser zahlen. Die Parteien beschuldigten sich gegenseitig, Verursacher des geplatzten Abwasservertrages mit der Gemeinde Ritterhude und Hansewasser zu sein, SPD und Grüne waren gegen den Vertrag, CDU und FDP dafür.
- **2006** beschloss der Rat, die Ostlandturnhalle zu sanieren, und wenn man schon einmal dabei ist, kann man gleich noch einen Erweiterungsbau dranhängen, dachten sich unsere Ratsmandatsträger. Das kommt bei den Sportlern gut an und hilft bei der nächsten Wahl. Notwendig war der Erweiterungsbau in gar keiner Weise, machte sich aber gut für das Image. Die Mehrkosten für die nicht notwendige Erweiterung in Höhe von 585.000 € musste die Gemeinde mit neuen Bankkrediten aufbringen. Die Wümme-Zeitung berichtete am 13.07.2006 darüber.
- **2007** hat die Gemeinde dem TC Lilienthal die Zahlung von 380.000 € an Erschließungskosten für das Projekt Tennisanlage an der Umgehungsstraße erlassen. Einmal davon abgesehen, dass die Gemeinde aufgrund ihrer desaströsen Haushaltssituation kein Geld zum Verschenken hatte, verstieß die Gemeinde mit diesem Geschenk an den TC Lilienthal auch gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung. Gemeindeverwaltung und Gemeinderat müssen sich fragen lassen, warum dann nicht auch alle anderen Vereine eine Unterstützung in dieser Größenordnung erhalten. Die Wümme-Zeitung berichtete am 21.06.2007 darüber.
- **2007** musste die Gemeinde an die KWE 1 Million Euro an Schadenersatz zahlen, weil der Bebauungsplan für die Erweiterung des Gewerbegebietes Moorhausen zehn Jahre später als geplant rechtskräftig wurde. (Wümme-Zeitung vom 17.01.2007.)
- **2009** am 17. März hatte der Gemeinderat das Projekt Straßenbahn Linie 4 noch mehrheitlich abgelehnt, um dann zwei Monate später, am 11. Mai, dem Projekt bei einer erneuten Abstimmung zuzustimmen. Die Entscheidung war knapp und nur möglich, weil sich zwei CDU-Ratsmitglieder, die noch wenige Wochen vorher das Projekt Linie 4 abgelehnt hatten, jetzt plötzlich und unerwartet „umorientierten“. 6,6 Mio. € (4,454 Mio. € Investitionskosten; 2,000 Mio. € Planungskosten und 209.000 € Infrastrukturkosten) soll die Gemeinde für die Linie 4 als ihren Anteil zu den Gesamt-Investitionskosten zahlen. Das ist deshalb be-

merkwürdig, weil der Gemeinderat über Jahre hinweg dem Projekt Linie 4 nur seine Zustimmung geben wollte, wenn der Investitionsanteil für Lilienthal nicht höher als 4,1 Mio. € ausfallen würde. Damit nicht genug, der Gemeinderat musste nun auch akzeptieren, dass die Gemeinde für den Betrieb der Linie 4 jährlich einen um einige Hunderttausend Euro höheren Zuschuss im Vergleich zu den Betriebskosten für die Buslinien 630 und 670 zahlen muss. Die Kritiker zum Projekt Linie 4 waren sich einig, dass sich sowohl der Anteil an den Investitionskosten als auch die jährlichen Folgekosten noch deutlich erhöhen werden, wenn die Endabrechnung erst einmal gemacht ist. Die Entscheidung für dieses Projekt ist umso unverständlicher, als Lilienthal über einen gut funktionierenden ÖPNV, den Busverkehr mit den Linien 630 und 670, verfügt.

- **2009** im November stellte die KWE der Gemeinde Lilienthal die Aufwendungen für den Grundstückserwerb und für verauslagte Zinsen für die Ortsentlastungsteilstücke IV und V in Rechnung. Für den Grundstückserwerb sollte nun die Gemeinde 2,395 Mio. Euro zahlen und für die verauslagten Zinsen sage und schreibe 1,093 Mio. Euro. Der Grund für die hohen Grundstücksaufwendungen war der lange Zeitraum von Beginn der Planung bis zur Realisierung. Bei der ursprünglichen Planung sollte die Umgehungsstraße weiter vom Gewerbegebiet entfernt verlaufen, damit man das Gewerbegebiet erweitern konnte. Inzwischen musste diese Planung verworfen werden, die Grundstücke waren zum Teil nicht mehr erforderlich, waren aber gekauft. Die extrem hohe Zinssumme, die in keinem Verhältnis zum Kaufpreis der Grundstücke steht, ist entstanden, weil sich Verwaltung und Gemeinderat unbegründet viele Jahre Zeit für die Planung ließen, die Grundstücke zu einem viel zu frühen Zeitpunkt gekauft wurden und dann über den langen Zeitraum bis zum Beginn und Abschluss der Baumaßnahme durch Banken finanziert werden mussten.
- **2009** im Dezember verschenkte die Gemeinde einen Betrag von mindestens 2,6 Mio. Euro unter anderem an die Gemeinden Ritterhude und Osterholz und an die swb, weil der gesamte Rat nicht bereit war, über die Auflösung der Kapitalrücklage bei den GWL (Gemeindewerke Lilienthal) vor der Fusion der GWL mit den Energieversorgern GWR (Gemeindewerke Ritterhude) und SWO (Stadtwerke Osterholz) zu diskutieren. Die Kapitalrücklage wurde im Jahr 2001 mit dem Verkaufserlös von 49 % Anteilen durch die Gemeinde Lilienthal an die swb Bremen gebildet. Die Begründung des Bürgermeisters: Es wurde kein Antrag zu diesem Thema im Gemeinderat gestellt, und außerdem sei die Anfrage zu spät. Zu spät war die Anfrage auf gar keinen Fall! Bereits im September 2009 hatte Ratsherr Ingo Wendelken sowohl den Bürgermeister als auch sämtliche Ratsfraktionen mit diesem Thema konfrontiert, es gab bis zum Dezember 2009 einen intensiven Schriftverkehr zwischen Ratsherr Ingo Wendelken und der Gemeindeverwaltung mit jeweils Kopien für alle Ratsfraktionen. Keine Ratsfraktion hatte sich von September 2009 bis Dezember 2009 verpflichtet gefühlt, sich mit diesem Thema zu beschäftigen.
- **2010** „Am Bedarf vorbei geplant“, so titelte der Kommentar in der Wümme-Zeitung zum Landzukauf für die Erweiterung des Friedhofes in der Klosterweise. Ein großes Areal, das für den Friedhofsbereich nicht mehr benötigt wurde und kaum noch zu verwerten ist. Es gab damals zwar schon Kritik in den Reihen der Ratsmitglieder an dieser Vorratspolitik, aber die Mehrheit des Rates setzte sich durch, und so wurde die Anlage planerisch entsprechend erweitert ohne Not-

wendigkeit, wie man heute feststellen kann. Die zugekauften Grundstücke sind offensichtlich nicht anders verwertbar. Die Investitionssumme und die Folgekosten sind uns nicht bekannt.

- **2010** im Januar plante die Gemeinde, das Naturschutzgebiet Rolandsgraben für ein privates Bauvorhaben freizugeben. Die Gemeinde wollte mit der erhofften Zustimmung von CDU und SPD für ein privates Bauvorhaben dem privaten Investor Koenen-Bau einen Zuschuss in Höhe von 690.000 Euro zu den Erschließungskosten gewähren (der Gesamtbetrag dieses Zuschusses hätte sich einschließlich Kapitaldienst auf über 1,2 Mio. Euro erhöht). Dieser Zuschuss für ein privates Bauvorhaben an einen Privatinvestor wäre ein einmaliger Vorgang in der Geschichte dieser Gemeinde gewesen. Bisher hat kein privater Bauherr von der Gemeinde einen Zuschuss zu den Erschließungskosten erhalten. Einmal davon abgesehen, dass die Gemeinde Lilienthal sich in einer Finanz- und Haushaltsnotlage befindet und bereits ihren ordentlichen Leistungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen kann, wäre dieser Zuschuss ein Verstoß gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung.
- **2011** Am 13.10.2011 wurde das Bauprojekt Rolandsgraben nach 16-jähriger Planungsphase endgültig vom Gemeinderat abgelehnt. Bis dahin waren ca. 210.000 € an Planungskosten aufgelaufen. Diese Kosten hätte man vermeiden können, wenn Verwaltung und Gemeinderat vor allen bautechnischen Planungen eine politische Entscheidung unter Einbeziehung der Bürger herbeigeführt hätten. Das ist genau das Problem der Gemeinde Lilienthal. Projekte werden ohne Bürgerbeteiligung möglichst hinter verschlossenen Türen verhandelt. Erst wenn das Projekt kurz vor der Entscheidung steht, erfährt die Öffentlichkeit davon, und dann kann das passieren, was sich am Projekt Rolandsgraben wieder einmal gezeigt hat, dass sich Bürgerprotest rührt und der Rat das Projekt, weil es politisch nicht durchsetzungsfähig ist, verwerfen muss. Verwaltung und Rat müssen lernen, dass vor Beginn von Detailplanungen und Verfahrensbeginn geprüft werden muss, ob das geplante Projekt politisch überhaupt durchsetzbar ist.
- **2011** (Wümme-Zeitung 21.11.2011) Die Kreuzung Moorhauser Landstraße/ Umgehungsstraße soll jetzt um eine Rechtsabbiegespur ab Trupermoorer Landstraße beginnend bei der Bäckerei Holsten in Richtung Ortskern erweitert werden. Die Kosten: 149.000 €. Begründung: Seit die Falkenberger Landstraße wegen der Linie 4 einspurig gesperrt ist, kommt es aufgrund der Verkehrsverlagerung vor allem morgens zu Staus auf der Kreisstraße 8. Diese Begründung ist unglaublich. Fakt ist, dass die Kreuzung Moorhauser Landstraße/ Umgehungsstraße eine Fehlplanung war (Sprungschance). Hier hätte ein Kreisel hingehört. Die Verkehrsproblematik an dieser Kreuzung hat mit der Linie 4 und der einspurigen Sperrung der Falkenberger Landstraße nichts zu tun. Diese Begründung soll nichts anderes als die Fehlplanung und diese zusätzlichen Kosten vertuschen.
Die Verwaltung hat sich mit dem Projekt Linie 4 und der Abrechnung über die WBL einen Freibrief geschaffen, alle möglichen Projekte jetzt über die Linie 4 abzurechnen. Durch diesen Freibrief muss die Verwaltung weder die Öffentlichkeit noch die Gemeindegremien in die Planungen und Entscheidungen einbeziehen. Und wenn die Linie 4 dann einmal fährt, wird die Abbiegespur möglicherweise wieder zurückgebaut werden müssen, wieder für 149.000 €?

- **2012** So beiläufig erwähnte Bauamtsleiter Lütjen im Oktober 2012 auf der Bauausschusssitzung, dass sich Mehrkosten beim Bau der Linie 4 in Höhe von 400.000 € ergeben hätten, und zwar für den Abtransport von belastetem Asphalt. „Ja, es sind auch noch weitere Mehrkosten aufgetreten, aber eben auch vielleicht Minderkosten“, man habe aber noch keinen Überblick, ob zum Schluss Mehrkosten anfallen, so die Verwaltung. Es scheint wenig glaubwürdig, dass die Verwaltung ein halbes Jahr vor Fertigstellung der Linie 4 immer noch keinen Überblick über mögliche Mehrkosten haben will.
- **2012** Man kann es kaum fassen, die Gemeinde ist exorbitant hoch verschuldet, die jährlichen Haushalte schließen seit Jahren nun mit hohen Defiziten ab, und da leistet sich die Gemeinde für 350.000 € einen Tunnel für den Otter im Rahmen der Baumaßnahme der Linie 4 auf der Falkenberger Landstraße, obwohl der Otter bisher in Lilienthal noch nicht gesichtet wurde. Der Otter hat bisher nicht einmal angekündigt, ob er zukünftig bevorzugt in Lilienthal auch siedeln möchte. Man habe, so Bürgermeister Willy Hollatz, diesen Tunnel gebaut, weil man die volle Zahl der Ersatzpflanzungen von Bäumen, die man im Ortskern fällen musste, aufgrund von fehlendem Raum nicht pflanzen konnte. Nun ist der Ottertunnel auf gar keinen Fall eine Ersatzleistung für sehr alte Bäume, deren Funktion u.a. darin besteht, Kohlenstoffdioxid in Sauerstoff umzuwandeln, lebenswichtig für die Menschen. Ein großer Baum, nicht der Ottertunnel, versorgt eine Vielzahl von Menschen mit dem überlebenswichtigen Sauerstoff.
- **2012** Am 10. Juli 2012 votierte der Finanzausschuss für einen Neubau des Kindergartens Wümmekieker bei einer Investitionssumme von ca. 3,2 Mio. €, nachdem sich bereits der Sozialausschuss und der Verwaltungsausschuss für diesen Neubau ausgesprochen hatten. Die Ausschüsse nahmen Bezug auf die Wirtschaftlichkeitsberechnung vom VBD vom 28.06.2012, in der nur die Alternativen „Eigenbau oder Mietkonzept“ überprüft wurden. Zu diesem Zeitpunkt gab es aber eine Vielzahl offener Fragen, die zuvor hätten geklärt werden müssen. Zum Zeitpunkt der Entscheidung fehlte die Beantwortung der Frage, wie der damalige und zukünftige Bedarf an Kindergarten- und Krippenplätzen unter Berücksichtigung des demografischen Wandels sein würde. Es wurde nicht geprüft, ob aus Gründen der Effizienzsteigerung und einer erwünschten Kostensenkung es nicht Sinn haben würde, die 15 Klein-Kindergärten zu größeren Einheiten zusammenzulegen. Es wurde auch nicht geprüft, ob es nicht Sinn hat, einen Neubau des Kindergartens Wümmekieker wegen des Abgangs des alten Gebäudes, so auszubauen, dass mehrere Klein-Kindergärten darin aufgehen können. Der wesentliche Kritikpunkt ist, dass Gemeindeverwaltung und Gemeinderat derartige Projekte stets als Einzelobjekt betrachten und die mittelfristigen bis langfristigen Erfordernisse der Gemeinde außeracht lassen.
- **2014** Am 3. April verkündete WBL-Geschäftsführer Manfred Lütjen bei einem Besuch des Bremer Bürgermeisters Jens Böhrnsen, dass der Anteil der Investitionen, den Lilienthal für den Bau der Linie 4 aufzuwenden hat, 9.000.000 € betragen würde. Nicht einmal 10 Tage später wurde der Lilienthaler Anteil auf 10.000.000 € nach oben korrigiert. Inzwischen ist bekannt, dass die Linie 4 für Lilienthal mindestens 10.600.000 € kosten wird. Endabgerechnet ist dieses Projekt immer noch nicht, was zur Folge hat, dass die Gesamtkosten weiter steigen werden. Ganz zu schweigen von den Kosten, die möglicherweise durch einen Prozess des Insolvenzverwalters gegen die WBL auf die Gemeinde zukommen kön-

nen. Bürgermeister Hollatz und alle Fraktionen im Gemeinderat waren sich vor Entscheidung zur Linie 4 einig, dass es bei einem höheren Anteil für Lilienthal als 4,1 Mio. € keine Zustimmung zu diesem Projekt geben wird. Zum Zeitpunkt der Entscheidung lag der Anteil für die Linie 4 bereits bei 6.000.000 €. Das Straßenbahnprojekt Linie 4 entpuppt sich mehr und mehr als ein Desaster für die Gemeinde Lilienthal.

- **2014** Der Gemeinderat hat die Anschaffung eines Feuerwehrrüstwagens für über 460.000 € im Rahmen der Haushaltsplanung 2014 verabschiedet. Die Zustimmung des Gemeinderates war angesichts der desolaten Haushaltslage und im Hinblick auf die exorbitant hohe Verschuldung der Gemeinde bemerkenswert. Die von der Gemeindeverwaltung in Zusammenarbeit mit der Freiwilligen Feuerwehr vorgelegte Bedarfsermittlung kommt zu dem Schluss, dass die Lilienthaler Feuerwehr so ausgerüstet ist, wie die Ergebnisse der Risikoabschätzung es empfehlen. Aus dieser Bedarfsermittlung konnte keineswegs abgeleitet werden, wie die Verwaltung es behauptet, dass ein Feuerwehrrüstwagen zwingend angeschafft werden müsste. Die Stadt Bremen mit ca. 550.000 Einwohnern verfügt gerade einmal über 2 Rüstwagen. Die berechnete Forderung der Wählergemeinschaft, Lilienthal sollte zumindest den Versuch unternehmen, wenn der Gemeinderat und die Gemeindeverwaltung auf die Anschaffung bestehen, einen Rüstwagen gemeinsam mit Bremen anzuschaffen und die Kosten zu teilen, blieb unberücksichtigt. Unverständlich, wenn man bedenkt, dass der in Lilienthal dann stationierte Rüstwagen im Notfall zweifelsohne bei Bedarf auch in Bremen-Borgfeld oder Bremen-Horn zum Einsatz kommen.
- **2015** Seit Jahren plante die Verwaltung in Zusammenarbeit mit den Fraktionen im Gemeinderat und einem privaten Investor den Neubau eines großflächigen Einzelhandelsmarktes an der Lilienthaler Allee/Gutenbergstraße. Ein von der Verwaltung in Auftrag gegebenes Gutachten, das hochtrabend „Einzelhandelskonzept 2020“ genannt wurde, kam am 15.06.2011 wie nicht anders zu erwarten war zu dem Schluss, dass dieser großflächige Einzelhandelsmarkt am Ortsrand, weitab vom Ortskern wirtschaftlich Sinn hat. Die von der Gemeinde 2011 eingeholten Gutachten bzw. Stellungnahmen von Behörden und Verbänden kamen übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass das Projekt allein schon aus rechtlichen Gründen nicht zustimmungsfähig ist, dass der Einzelhandel im Ort, insbesondere im Ortskern, unter dem großflächigen Einzelhandel an der Gutenbergstraße leiden wird, weil die Kundenströme sich zum neuen großflächigen Einzelhandel an der Gutenbergstraße umorientieren werden mit der Folge von erheblichen Umsatzverlusten für viele im Ortskern ansässigen Einzelhändler und der sehr wahrscheinlichen Aufgabe des Einzelhandelsmarktes im Ortskern an der Hauptstraße. Darüber hinaus befürchteten die Kritiker dieses Projektes, dass der neue großflächige Einzelhandelsmarkt für insbesondere ältere Bevölkerungskreise, die über keinen PKW verfügen, nicht zu erreichen ist. Sämtliche Argumente und rechtliche Bedenken wurden vom Bürgermeister und den Fraktionen im Gemeinderat in den Wind geschlagen, es wurde weiter intensiv, zum Teil hinter verschlossenen Türen, geplant. Erst als die Wählergemeinschaft DIE LILIENTHALER in Zusammenarbeit mit dem WIR und den Einzelhandelsgeschäften, den Innungen der Fleischer und Bäcker den Protest gegen dieses Projektes deutlich verstärkten und der Landkreis unmissverständlich das geplante Projekt ablehnte, kam Bewegung in die Diskussion. Auch der private Investor nahm nun endlich zur Kenntnis, dass sein Projekt, insbesondere unterstützt durch den

Bürgermeister, nicht zu realisieren ist, und legte ein neues Konzept am alten Standort vor. Auf der Bauausschusssitzung am 19.01.2015 kippten alle Fraktionen das Projekt an der Gutenbergstraße und stimmten der neuen Planung des Investors am Standort im Ortskern einstimmig zu. Der Investor hatte das Grundstück von der Gemeinde seinerzeit bereits käuflich erworben und den Kaufpreis an die Gemeinde gezahlt. Dieses Kaufgeschäft muss nun rückabgewickelt werden und der Kaufpreis an den Investor von der Gemeinde zurückgezahlt werden. Die Kaufsumme hatte die Gemeinde längst im Haushalt eingespeist und ausgegeben ist. Es war unverantwortlich von der Verwaltung, dieses Geld auszugeben, wo jedermann klar war, dass dieses Projekt allein schon aus rechtlichen Gründen nicht zu realisieren war. Der Bürgermeister verweigert die Auskunft über die Höhe der Ausgaben für dieses Projekt und insbesondere ist er nicht bereit, die Kaufpreissumme, die nun an den Investor zurückzuzahlen ist, öffentlich zu machen. Die Ausgaben für dieses Projekt hätten nicht sein müssen, wenn der Bürgermeister und die Fraktionen im Gemeinderat nicht wieder einmal gegen den Willen der Bevölkerung und der Wirtschaft und gegen den Rat von Behörden und Verbänden gehandelt hätten.

Die desolante Haushaltssituation in Lilienthal und die dramatische Schuldsituation sind hausgemachte Probleme, Probleme, die von den im Gemeinderat vertretenen Parteien zu verantworten sind. Unsere kommunalen Politiker scheuen den ungeliebten, aber notwendigen und unausweichlichen Sparkurs, stimmen immer wieder den finanzpolitisch unverantwortlichen „Nice-to-have“-Investitionen zu, weil man stets die nächste Wahl im Auge hat.

Es geht aber auch anders! Durch einen konsequenten Sparkurs und kreative Ideen gelang es dem Bürgermeister der Stadt Langenfeld gegen viele Widerstände, den Schuldenberg von einst knapp 80 Millionen D-Mark komplett abzubauen. Der Bürgermeister Magnus Staehler hat den Weg zur Entschuldung der Stadt Langenfeld in einem Erfahrungsbericht in Buchform zusammengefasst. Buchtitel: 1-2-3- Schuldenfrei: Wie Langenfeld aus Amtsschimmel Rennpferde machte – die Erfolgsformel zur Sanierung städtischer Finanzen.